



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG
**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 63 • Die Woche im Bundestag • 27.11.2009

Klausurergebnisse von Meseberg demonstrieren Handlungskompetenz der Bundesregierung

Die unionsgeführte Bundesregierung hat in der vergangenen Woche auf ihrer Klausur in Meseberg ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm für die kommenden Monate vorgelegt.

Im Bereich Klimaschutz, Elektromobilität und Bürokratieabbau hat sich die Regierung konkrete und engagierte Ziele gesetzt, die zeigen, dass wir mit hoher Geschwindigkeit darangehen, die Probleme unseres Landes zu lösen.

Einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit bildet die Bewältigung der demographischen Herausforderung. Wir alle wissen: Die Menschen in unserem Land werden immer älter, während deutlich weniger Kinder geboren werden als vor dreißig Jahren. Im Jahr 2050 werden 80 Rentner auf 100 Beitragszahler kommen.

Das zeigt: Wir stehen vor großen Aufgaben. Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst. Wir werden in den kommenden Jahren auf zahlreichen Politikfeldern die Weichen dafür stellen, den demographischen Wandel als Chance zu nutzen.

Mit den Beschlüssen von Meseberg hat die Bundesregierung wichtige Schritte in diese Richtung unternommen. Dazu gehört auch der zügige Ausbau einer schnellen Internetverbindung in den ländlichen Räumen. Gerade die demographische Veränderung verlangt von uns besondere Anstrengungen, um den ländlichen Raum als attraktiven Lebensraum zu erhalten.

Sachverständigenrat sieht Ende des Wirtschaftseinbruchs

Die wirtschaftliche Talfahrt aufgrund der internationalen Finanzmarktkrise ist nach Einschätzung der Wirtschaftsweisen zu einem Ende gekommen und es bestehen gute Chancen, dass sich im nächsten Jahr bereits eine leichte Erholung anschließen wird. So prognostiziert der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten für das Jahr 2010 einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Leistungen von +1,6%.

Erfreulich ist auch, dass die zu Anfang des Jahres geäußerten Befürchtungen über einen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen auf fünf Millionen im nächsten Jahr wohl nicht Realität werden. Die Politik der Bundesregierung hat, wie der Sachverständigenrat feststellt, mit ihren Maßnahmen einen entscheidenden Anteil an dem Erfolg, die Auswirkungen der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik einzudämmen. Ohne das rasche und entschlossene Handeln der Bundesregierung wäre, so die Wirtschaftsweisen, alles noch viel schlimmer gekommen.

Wichtige Aufgaben verbleiben aber noch zu meistern, der Weg aus der Krise ist noch immer mit einer Reihe von Risiken behaftet. Das Problem einer möglichen Verknappung der Kreditversorgung könnte eine sich selbst tragende konjunkturelle Erholung gefährden und muss deshalb im Auge behalten werden. Die Reformen für eine stabile Finanzmarktarchitektur müssen zügig vorangetrieben und bestehende regulatorische Defizite beseitigt werden. Ebenso wichtig ist die konsequente Rückführung der Neuverschuldung nach der endgültigen Bewältigung dieser Krise. Diesen Aufgaben wird die Fraktion von CDU und CSU großes Augenmerk schenken in den nächsten Monaten und Jahren.

Verlässliche Außenpolitik für Deutschlands Sicherheit in der Welt

In dieser Woche wollen wir die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO beschließen. Das deutsche ISAF-Kontingent wird weiterhin maximal 4.500 Soldatinnen und Soldaten umfassen und hat zum Ziel, die afghanische Regierung bei der Gewährleistung eines sicheren Umfelds zu unterstützen. Ein stabiles Afghanistan liegt im vitalen deutschen Interesse. Die Fortsetzung des internationalen Engagements ist erforderlich, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkrieges und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern.

Auch die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) steht zur Entscheidung an. Die deutsche Beteiligung an der UNIFIL Maritime Task Force (MTF)-Mission vor der libanesischen Küste ist Teil unseres Einsatzes für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Mit der Mandatsverlängerung bis zum 30. Juni 2010 bringt Deutschland seinen Willen zum Ausdruck, auch im Libanon weiter zur Stabilisierung des Nahen Ostens wesentlich beizutragen. Im Lichte der bisherigen Erfolge und unter Berücksichtigung des dabei erreichten libanesischen Fähigkeitenszuwachses ist eine Absenkung der Obergrenze der deutschen Beteiligung von 1.200 auf 800 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen.

Wir wollen zudem die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Operation Enduring Freedom (OEF) bis zum 15. Dezember 2010 beschließen. Das Mandat schließt NATO-Operationen im Rahmen von Operation Active Endeavour mit ein. Die internationale Gemeinschaft darf in ihren umfassenden Anstrengungen zur wirksamen Beseitigung der gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Umstände, die das Entstehen von Terrorismus begünstigen, nicht nachlassen. Die Operation Enduring Freedom sowie die Einsätze der NATO im Mittelmeer im Rahmen der Operation Active Endeavour sind ein angemessener militärischer Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Mit der vorgesehenen Personalobergrenze von 700 Soldaten ist Deutschland

weiterhin in der Lage, das erforderliche Fähigkeitsprofil für den Anti-Terror-Einsatz am Horn von Afrika und im Mittelmeerraum abzubilden.

Ältere Arbeitnehmer wieder stärker gefragt

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten über 50 Jahre in Deutschland ist in deutlich gestiegen. Während 2005 nur knapp 2,9 Millionen Menschen zwischen 50 und 54 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, sind es heute beinahe 3,3 Millionen. Noch deutlicher fiel der Anstieg bei den 55- bis 59-Jährigen aus: In dieser Altersgruppe stieg die Zahl der Beschäftigten von gut 1,9 auf über 2,5 Millionen. Auch bei den 60- bis 64-Jährigen war eine deutliche Zunahme von 780.000 auf 960.000 zu verzeichnen.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Auto steht für Berufspendler an erster Stelle

Etwa 60 Prozent der Berufstätigen legten im Jahr 2008 den täglichen Weg zur Arbeit mit dem Auto zurück. Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr hat an Attraktivität für Pendler verloren. Die Ursachen der Entwicklung können noch nicht abschließend beantwortet werden. Fest steht allerdings, dass sich die Entfernung und der Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte in den letzten 12 Jahren erhöht haben: 68,2 Prozent der Erwerbstätigen geben an, weniger als 30 Minuten unterwegs zu sein, während es vor zwölf Jahren noch 72,8 Prozent waren.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Immer weniger Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland

Die Attraktivität des Standorts Deutschlands ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Das zeigt der deutliche Rückgang der Verlagerung von Stellen ins Ausland. Die Zahl der Verlagerungen liegt 2009 auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Gestiegen ist auch die Zahl der Rückverlagerungen von Produktionsstandorten nach Deutschland. Hauptgrund für diese Entwicklung ist der hohe Qualitätsstandard der Produktion in Deutschland. Zudem sind die Lohnkosten in zahlreichen Niedriglohnländern, vor allem in Osteuropa, in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

(Quelle: Verein Deutscher Ingenieure)